

RESOLUTION

Bern, 28. Mai 2021

SGB-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

CORONA-KRISE: GESUNDHEIT, SICHERE STELLEN UND SICHERE LÖHNE

Die Corona-Pandemie hat auch die Schweiz letzten März mit voller Wucht getroffen und beeinflusst unser Leben seither massgebend. Die Bewältigung der Pandemie gestaltete sich in den letzten Monaten sehr anspruchsvoll und hatte für sehr viele Arbeitnehmende einschneidende Folgen. Doch dank dem unermüdlichen Einsatz der Gewerkschaften und dank starker Sozialwerke konnten in der Krise viel Leid vermieden, Arbeitsplätze erhalten und Löhne geschützt werden. Doch die Corona-Krise zeigte auch deutlich die Fehler der neoliberalen Politik der letzten 20 Jahre auf und zeigte schonungslos die Lücken im Netz der sozialen Sicherheit, unter denen Prekarisierte – insbesondere Sans-Papiers und MigrantInnen – tagtäglich leiden. Zwar wird sich die Corona-Situation in nächster Zeit nach und nach normalisieren. Doch in verschiedenen Branchen (Gastronomie, Kultur, Event, Luftfahrt u.a.) dürfte es noch länger gehen, bis die Pandemie keine nennenswerten Auswirkungen mehr hat. Und der Handlungsbedarf ist nach wie vor gross, um die negativen Konsequenzen der Pandemie auf die Arbeitnehmenden zu mildern. Denn die Corona-Krise hat zu einer höheren Arbeitslosigkeit, zu prekären Jobs und einer verstärkten Einkommensschere geführt. Die Zahl der Arbeitslosen ist fast 50 Prozent höher als vor der Corona-Krise. Sehr viele Arbeitnehmende befinden nach wie vor in Kurzarbeit. Die Pandemie hat auch schonungslos gezeigt, wie ungenügend der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist. Der Gesundheitssektor und die Heime kamen aufgrund der langjährigen Sparprogramme und der politisch motivierten Fehlplanungen auf Kosten des Personals an den Anschlag. Besonders weibliche und häufig migrantische Arbeitnehmende, die oft unverzichtbare Arbeit u.a. im Care-Bereich verrichten, kamen ans Limit.

Die SGB-Delegierten fordern deshalb:

- Der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muss gestärkt werden:
 - Die Durchführungsorgane des Gesundheitsschutzes werden gestärkt: insbesondere sollen die SUVA sowie Dritte (paritätische Kommissionen) die Kantone im Bereich Gesundheitsschutz und Vollzug unterstützen.
 - Den Kantonen sind verbindliche Vorgaben zu machen zu Kontrollquoten von Betrieben und Mindestanzahl Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren pro Kanton im Bereich des Gesundheitsschutzes. Dafür ist die nötige Finanzierung durch den Bund sicherzustellen. Die Sozialpartner sind einzubeziehen.
 - Die Verbände integrieren in Zukunft in GAV den Gesundheitsschutz sowie deren paritätische Kontrolle.
 - Für die ungeimpften gefährdeten Arbeitnehmenden muss der Schutz gemäss 27a Covid-Verordnung 3 erhalten bleiben, insbesondere für diejenigen, die sich nicht impfen lassen

können oder denen keine sichere Impfung garantiert werden kann (Schwangere, Unverträglichkeiten etc.).

- Die Arbeitslosigkeit und die Ausbreitung der prekären Stellen müssen bekämpft werden. Das bedeutet:
 - Die Zustimmung zum Covid-19-Gesetz als Grundlage für wichtige Unterstützungsmassnahmen und Finanzhilfen für besonders betroffene Arbeitnehmende, Unternehmen und Branchen.
 - Die Verlängerung unterstützender Massnahmen in der Kurzarbeit und der Corona-EO u.a. für Selbständigerwerbende mit kleinem Einkommen und die Verlängerung des Härtefallfonds.
 - Einen 100%-Lohnersatz für Löhne bis 5000 Franken bei Kurzarbeit.
 - Die Aufrechterhaltung der Branchenunterstützung im Kultursektor, solange die negativen Auswirkungen spürbar bleiben.
 - Eine Verlängerung der ALV-Taggelder sowie ein Moratorium für den Nachweis von Bemühungen zur Stellensuche von Arbeitslosen sowie Verbesserungen im Zugang zu sozialversicherungsrechtlichen Leistungen – insbesondere für prekär Angestellte.
 - Gute Mindestlöhne, geregelte Arbeitsbedingungen und allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge auch in den neu entstandenen Jobs bei Kurieren und im Online-Handel.
 - Die Rückerstattung der rund 5 Mrd. Fr. an überschüssigen Prämienreserven an die Bevölkerung zur Stärkung der Kaufkraft und zur Stimulierung der Binnenkonjunktur.
 - Die Verhinderung von Sparprogrammen – insbesondere beim Bund, damit die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter steigt.
 - Eine aktive Geldpolitik gegen die Überbewertung des Frankens zur Stabilisierung der Exportkonjunktur.
 - Der Ersatz der ineffizienten Einschränkungen für grenzüberschreitende Reisen wie die Reisequarantäne durch andere Massnahmen (insb. in der Luftfahrt).
 - Jobgarantien im Betrieb sowie Unterstützung für die AusbildungsabgängerInnen bei der Stellensuche.
 - Je nach Entwicklung in den einzelnen Branchen braucht es weitere Konjunktur-Stimulierungsmassnahmen, Lohnerhöhungen besonders für Frauen, eine Aus- und Weiterbildungsoffensive auch in Rahmen einer ökologischen Transformation der Wirtschaft.
 - Soziale und Aufenthaltssicherheit für Menschen ohne Papiere, insbesondere für solche in prekären beruflichen Situationen oder coronabedingter Arbeitslosigkeit, insbesondere Care-Migrantinnen.
 - Bedingungslose soziale Sicherheit auch für MigrantInnen: Kein Widerruf oder Rückstufung aufenthaltsrechtlicher Bewilligungen aufgrund von coronabedingtem Sozialhilfebezug.

- Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es mehr Service public braucht – unmittelbar insbesondere in Form von mehr Stellen und besseren Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, in der Langzeitpflege und der Kinderbetreuung:
 - Für das Personal im Gesundheitswesen und den Altersheimen fordern wir eine Corona-Prämie in der Höhe von mindestens einem Monatslohn, sowie allgemein bessere Löhne und mehr Rechte und Mitsprache am Arbeitsplatz. Besonders in Altersheimen mit Kapazitätsüberschuss darf es zu keinen Entlassungen kommen.
 - Eine Abkehr vom teuren und ineffizienten Spitalwettbewerb und damit von den Fallpauschalen tut Not; es braucht genügend öffentlich finanzierte Vorhalteleistungen.
 - Die Grundversicherung muss endlich sozial finanziert werden (10%-Initiative), das stärkt auch die öffentliche Gesundheit.
 - Kinderbetreuung ist essentieller Service Public; es müssen genügend und bezahlbare Betreuungsplätze vorhanden sein, die öffentliche Hand muss ihr Engagement erhöhen.